# Spangenberger Zeitung.

Anzeiger für die Stadt Spangenberg und Umgebung. Amtsblatt für das Amtsgericht Spangenberg

Fernsprecher Nr. 27

Erscheint wöchentlich 3 mal und gelangt Dienstag, Donnerstag und Sonnabend Nachmittag für den folgenden Tag zur Ausgabe. Abonnementspreis pro Monat **0,90 RM.** frei ins Haus, einschließlich der Beilagen „Mein Garten", „Die Frau und ihre Welt", „Der heitere Alltag", „Reise und Erholung", „Unterhaltungsbeilage". — Durch die Postanstalten und Briefträger bezogen **1,20 RM.** Im Falle höherer Gewalt wird kein Schadenersatz geleistet.

Teleg.-Adr.: Zeitung

Anzeigen werden die sechsgespaltene 3 mm hohe (Petit-) Zeile oder deren Raum mit **15 Pfg.** berechnet; auswärts **20 Pfg.** Bei Wiederholung entsprechender Rabatt. Reklamen kosten pro Zeile **40 Pfg.** Verbindlichkeit für Platz-, Datenvorschrift und Beleglieferung ausgeschlossen. Annahmegebühr für Offerten und Auskunft beträgt **15 Pfg.** Zeitungsbeilagen werden billigst berechnet. Zahlungen an Postscheckkonto Frankfurt am Main Nr. 20771

Druck und Verlag: Buchdruckerei Hugo Munzer ∴ Für die Schriftleitung verantwortlich: Hugo Munzer, Spangenberg

Nr. 5 — Sonntag, den 10. Januar 1932 — 25. Jahrgang.


## Von Woche zu Woche.

**Randbemerkungen zur Zeitgeschichte.**

Mme. Sylvia, die seit vielen Jahren der Welt den Gefallen tut, um Silvester herum die Ereignisse des nächsten Jahres vorauszusagen, hat uns diesmal ein „unerhörtes Jahr" prophezeit, das man später das große nennen werde. Alle Völker, so meinte Mme. Sylvia, würde es packen und rütteln, bis in die Grundfesten hinein.

Nun, was das letztere betrifft, so glauben wir, daß bereits das alte Jahr die Völker bis in die Grundfesten erschüttert hat, und es in den nächsten zwölf Monaten nun darauf ankommt, aus dem Dunkel der Gegenwart den Weg in eine lichtere Zukunft zu finden. Vorbereitet sind wir dabei darauf, daß dieser Weg nur unter heftigsten Kämpfen freigelegt werden kann. Ist doch trotz aller Vorbereitungen der Regierungen für die großen Konferenzen des neuen Jahres, die Lausanner Tributverhandlungen und die Genfer Abrüstungskonferenz, nichts bekanntgeworden, das irgendwie als eine Garantie für den Erfolg der neuen Ministerzusammenkünfte angesprochen werden könnte. Selbst die für Lausanne entscheidende Frage, ob Zeit- oder Dauerlösung ist heute ebenso ungeklärt, wie sie es vor der internationalen Fühlungnahme gewesen ist.

Wie Reichspräsident von Hindenburg in seiner Neujahrsansprache an das Diplomatische Korps dargelegt hat, müssen jetzt von den Regierungen in verständnisvollem Zusammenwirken wirkliche Lösungen gefunden werden, die der „unerbittlichen Wirklichkeit Rechnung tragen und so die Gesundung von Wirtschaft und Finanzen in der Welt ermöglichen." Solch eine wirkliche Lösung ist aber nur die Endlösung, die die Reparationsfrage aus der Welt schafft. Scheut man sich aber in Lausanne ebenso, wie 1919 in Versailles, reinen Tisch zu machen, dann verlängert man damit nicht nur die wirtschaftliche Unsicherheit, sondern man vergiftet auch die politischen Beziehungen der Völker, weil man Frankreich ein Druckmittel beläßt, dessen Anwendung in Deutschland leidenschaftlichen Haß und in der Welt die Vernichtung des Vertrauens zur Folge haben muß. Die Erfüllung der Reparations„verträge" durch Deutschland ist für die ganze Welt immer noch der sicherste Weg in die Anarchie.

Die Vorbereitungen für die Abrüstungskonferenz haben in den letzten Tagen in Frankreich insofern eine Aenderung erfahren, als jener Mann, der sich stärksten Einfluß auf die französische Rüstungspolitik verschafft hatte, Kriegsminister André Maginot, plötzlich gestorben ist. Mag nun Laval die Wiederbesetzung des angesichts der bevorstehenden Abrüstungskonferenz höchst bedeutsamen Ministeriums für die Landesverteidigung bereits von heute auf morgen oder erst im Rahmen einer allgemeinen Umbildung des Kabinetts durchführen können, Deutschlands Stellung auf den internationalen Konferenzen wird dadurch weder gebessert, noch verschlechtert. Letzten Endes ist es für uns ziemlich gleichgültig, ob unsere Delegation in Genf statt jenem Manne, der Poincaré zum Verbrechen des Ruhreinmarsches noch ermuntert hat, Painlevé oder etwa Tardieu gegenüberstehen wird. Noch fehlt allen Kreisen Frankreichs das Verständnis dafür, daß die Politik der starken Hand d. h. die Entrechtung Deutschlands, die allerkläglichste und erfolgloseste ist, weil sie, ohne unsere Kraft und unser Zuvertrauen brechen zu können, uns nur in der Erkenntnis bestärken muß, daß der Kreis der Welt keine Ruhe erschwingt, „als bis das Raubnest ganz zerstört und nichts als eine schwarze Fahne von seinem öden Trümmerhaufen weht".

Angesichts der bevorstehenden schwerwiegenden Entscheidungen in der Außenpolitik hat nun die Reichsregierung den Vorschlag gemacht, innerpolitische Kämpfe dadurch zu vermeiden, daß die Amtszeit des Reichspräsidenten von Hindenburg, die in diesem Frühjahr abläuft, verlängert wird. Im Rahmen der Besprechungen, die der Reichskanzler zu diesem Zwecke geführt hat, fand nun am Donnerstag auch eine erste Unterredung Brünings mit dem Führer der Nationalsozialisten, Adolf Hitler, statt.

Eine Entscheidung ist in dieser Unterredung noch nicht gefallen, vielmehr hat Adolf Hitler seine endgültige Antwort von einer Fühlungnahme mit dem Stahlhelm und den Deutschnationalen abhängig gemacht. Gedacht ist übrigens nicht an die Wiederberufung Hindenburgs im Wege der allgemeinen Volkswahl, sondern die Reichsregierung möchte die Amtszeit des Reichspräsidenten von Hindenburg durch Gesetz um etwa ein Jahr verlängern. Da ein solches Gesetz aber verfassungsändernden Charakter hätte, setzt seine Verabschiedung die Zustimmung einer Zweidrittelmehrheit des Reichstags voraus.

Ob diese Mehrheit zu erzielen sein wird, wird sich nun im Verlaufe der nächsten Tage erweisen.

Weltpolitisch von Bedeutung ist noch der Vorstoß der Vereinigten Staaten gegen die japanische Mandschureipolitik. Nachdem alle Resolutionen und Ratschläge des Völkerbundsrates die Unterwerfung der gesamten Mandschurei durch Japan nicht verhindert haben, hat die amerikanische Regierung in einer Sonderaktion nunmehr offen die Wahrung der Rechte aus dem Neun-Mächte-Vertrag über die Unabhängigkeit Chinas gefordert und Tokio vor Verstößen gegen die traditionelle Politik der offenen Tür gewarnt. Damit ist eine neue Wendung in Ostasien eingetreten, und zwar ist auch hier wieder die Entscheidung außerhalb der Genfer Institution gefallen!

# Rechtsopposition tagt

## Verlängerung der Amtszeit Hindenburgs durch Volkswahl oder Reichstagsbeschluß? — Aussprache Hitlers mit Hugenberg.

— Berlin, 9. Januar.

**In der Frage der Verlängerung der Amtszeit des Reichspräsidenten von Hindenburg hat der Führer der Nationalsozialisten, Adolf Hitler, nach seiner Aussprache mit Reichskanzler Dr. Brüning und Reichsminister Groener Besprechungen mit den übrigen Gruppen der Nationalen Opposition vorbereitet. Es handelt sich hier um den Vorsitzenden der Deutschnationalen Volkspartei, Geheimrat Dr. Hugenberg, und die Stahlhelmführer Seldte und Düsterberg. Angesichts der neuen Entwicklung der innenpolitischen Lage hat Hitler ferner seinen politischen Beauftragten, Hauptmann Göring, der in den letzten Tagen im Ausland weilte, zurückberufen. Göring ist bereits in Berlin eingetroffen.**

Brüning — Hitler

In politischen Kreisen nimmt man an, daß noch im Verlaufe des heutigen Sonnabends die Parteiengruppierung in der Frage der Verlängerung der Amtszeit des Reichspräsidenten klar ersichtlich werden wird. Möglich wäre eine Verlängerung der Amtszeit des Reichspräsidenten entweder durch die Neubestätigung Hindenburgs im Wege der Volkswahl, oder aber durch einmalige Verlängerung der Amtszeit durch Reichstagsbeschluß. Da ein solches Gesetz verfassungsändernden Charakter trägt, wäre zu seiner Verabschiedung eine Zweidrittelmehrheit des Reichstags erforderlich. Das bedeutet also, daß eine Parteienmehrheit von den Nationalsozialisten bis zu den Sozialdemokraten für die Verlängerung der Amtszeit Hindenburgs stimmen müßte.

Zunächst müßte also geklärt werden: 1. ob die Amtszeit Hindenburgs verlängert werden soll, und 2. wie die Verlängerung zustandekommen soll, ob durch Volkswahl oder durch Reichstagsbeschluß. Entscheidet man sich für den parlamentarischen Weg, dann könnte — vorausgesetzt, daß bis dahin alle Schwierigkeiten überwunden sind — der Aeltestenrat des Reichstags, der bekanntlich am Dienstag zusammentritt, noch an diesem Tage über weitere Schritte Beschluß fassen.

Ueber die Lage kurz vor der Unterredung Hitlers und Hugenbergs berichtet ein Nachrichtenbüro wie folgt:

„Alle bisherigen Berichte über eine bestimmte Stellungnahme der Deutschnationalen zur Frage der Präsidentenwahl beruhen lediglich auf Kombinationen. Hugenberg hat sich zu der Frage einer Verlängerung der Amtszeit des Reichspräsidenten noch nicht geäußert, da er erst von Hitler über die Einzelheiten der Unterredung Hitlers mit dem Reichskanzler unterrichtet werden muß.

**Falsch ist insbesondere auch die in der Presse aufgestellte Behauptung, daß die Deutschnationalen sich für die Verlängerung der Amtsperiode des Reichspräsidenten auf nicht parlamentarischem Wege eingesetzt hätten. Ebenso unrichtig ist die Behauptung, daß Hitler seine Zustimmung zu der Verlängerung der Amtszeit des Reichspräsidenten an bestimmte Bedingungen geknüpft habe. Hitler hat in der Unterredung mit dem Reichskanzler diesen lediglich allgemein über seine Auffassung unterrichtet, ohne aber sich auf Einzelheiten festzulegen.**

Richtig ist allerdings, daß Hitlers Auffassung dahin geht, daß eine Verlängerung der Amtsperiode des Reichspräsidenten nicht dem Sinne der Verfassung entspricht, und daß im übrigen dem Volk Gelegenheit gegeben werden muß, seine wahre Meinung zum Ausdruck zu bringen. Die innerpolitische Entwicklung, die bisher bei den verschiedensten Gelegenheiten (Gemeindewahlen, Landtagswahlen) bereits zum Ausdruck gekommen sei, dürfe nicht dadurch unterbrochen werden, daß die verfassungsmäßige Reichspräsidentenwahl ausgesetzt werde. Falls aus außenpolitischen Gründen die Verlängerung der Amtszeit Hindenburgs für notwendig erachtet würde, so müsse dem Volk auf andere Weise die Gelegenheit gegeben werden seinen Willen kundzutun. Diese verfassungsrechtlichen Bedenken Hitlers richten sich selbstverständlich nicht gegen die Person des Reichspräsidenten. Im übrigen dürfte Hitlers endgültige Stellungnahme von der Unterredung mit Hugenberg abhängen."

Aus nationalsozialistischen Kreisen verlautet im übrigen noch, die NSDAP. stelle sich bezüglich der Reichspräsidentenwahl auf den Standpunkt der orthodoxesten Legalität.

*

## Preußenwahl im Mai.

— Berlin, 9. Januar.

Der Staatssekretär des preußischen Staatsministeriums, Dr. Weismann, wendet sich mit einer Erklärung gegen die Gerüchte, wonach mit dem Gedanken einer Verschiebung der Neuwahl des Preußischen Landtags gespielt wird. Wörtlich erklärte der Staatssekretär:

**„Artikel 13 der Preußischen Verfassung lautet: „Der Landtag wird auf vier Jahre gewählt. Die Neuwahl muß vor dem Ablauf dieser Zeit erfolgen." Da der derzeitige Preußische Landtag am 20. Mai 1928 gewählt worden ist, so steht fest, daß der neue Landtag vor dem 20. Mai 1932 gewählt werden muß. Die preußische Staatsregierung als Regierung eines demokratischen Staates hat niemals daran gedacht und denkt auch jetzt nicht daran, gegen diese klare Bestimmung der Preußischen Verfassung zu verstoßen. Die Wahlen werden zum verfassungsmäßigen Termin stattfinden.**

## Attentat auf Japans Kaiser.

**Der Täter, ein Koreaner, verhaftet. — Rücktritt der Regierung.**

— Tokio, 9. Januar.

**Auf den Kaiser von Japan wurde während seiner Rückfahrt von einer militärischen Parade eine Bombe geworfen. Es ist das das vierte Attentat auf den noch jungen, etwa 30 Jahre alten Mikado. Die Bombe platzte neben einem Wagen, der hinter demjenigen des Kaisers fuhr. Menschen wurden nicht verletzt. Der Täter wurde sofort verhaftet. Er hatte eine zweite Bombe in der Tasche.**

Wie ergänzend dazu mitgeteilt wird, erfolgte der Bombenanschlag, als der Kaiser gerade das berühmte Kirchentor Sakuragamon seines Palastes einfahren wollte. Durch die Explosion der Bombe wurde nur ein Pferd der Ulanen-Abteilung, die unmittelbar der kaiserlichen Staatskarosse folgte, getötet. Der Attentäter ist ein 32jähriger Koreaner namens Tihosoho. Die Polizei brachte ihn in ein in der Nähe gelegenes Polizeigebäude. Tihosoho hatte in Japan unter einem japanischen Namen gelebt. Man glaubt, daß er Mitglied einer koreanischen Geheimorganisation ist.

Die ausländischen Diplomaten hatten an der Parade teilgenommen, befanden sich aber nicht an der Stelle, wo das Attentat verübt wurde. Der Kaiser hat während des Attentats seine Ruhe nicht verloren. Die Polizei erließ sofort ein Verbot. Angaben über das Attentat zu veröffentlichen. Eine Zeitung hatte jedoch bereits eine Sonderausgabe herausgebracht. Die Bombe war mit Metallstücken geladen. Zahlreiche Personen sind sofort verhaftet worden. Der Platz des Attentats wurde abgesperrt.

In Japan hat der Anschlag großes Aufsehen erregt. Die diplomatischen Vertretungen haben sofort der Regierung ihre Glückwünsche über den glücklichen Ausgang ausgesprochen. Auch von der Bevölkerung laufen bei der Regierung und im Schloß des Kaisers fortwährend Glückwünsche und Anfragen nach dem Befinden des Kaisers ein.

**Das Kabinett hat sogleich nach dem Anschlag seinen Rücktritt vollzogen. Es ist in Japan Sitte, daß die amtierende Regierung nach einem Anschlag auf den Monarchen unverzüglich seinen Rücktritt anbietet.**

## Bulgarien fordert allgemeine Wehrpflicht

— Sofia, 9. Januar.

**Der bulgarische Ministerpräsident Muschanoff, der demnächst nach Genf fahren wird, erklärte in einer Pressebesprechung, Bulgarien werde im Interesse der Erhaltung seiner Währung fremde Hilfe erbitten. Ferner werde die Regierung, um die Ausgaben zu vermindern, auf der Abrüstungskonferenz die Abschaffung des Söldnerheeres und die Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht in beschränktem Umfange beantragen.**

# Russische Industriespionage?

**Schwere Beschuldigungen gegen die russische Handelsvertretung in Berlin.**

Das Berliner Arbeitsgericht verhandelte in einem Prozeß, den der österreichische Oberingenieur Lippner gegen die russische Handelsvertretung auf Zahlung von 9000 Mark angestrengt hatte. Vor Gericht behauptete der Kläger, daß er im April 1931 mit einem Monatsgehalt von 1500 Mark von der russischen Handelsvertretung angestellt worden sei, um auf dem Spezialgebiet der Benzinerzeugung zu arbeiten und Unterlagen für Verhandlungen mit dem Reichspatentamt zu liefern. Die Verhandlungen seien in den Räumen der russischen Handelsvertretung mit einem Manne namens Gleboff geführt worden.

**Dieser Gleboff habe schließlich das Ansinnen an ihn gestellt, Werkspionage bei den Ch. Farben-Ludwigshafen zu treiben. Er habe darauf den Vertrag gelöst, weil er für legale Zwecke von der russischen Handelsvertretung engagiert worden sei.**

Demgegenüber behauptete die russische Handelsvertretung, daß ein Angestellter namens Gleboff bei ihr gar nicht existiere. Auf Rücktrage bei der Polizei sei der russischen Handelsvertretung mitgeteilt worden, daß es in Berlin einen weißrussischen Emigranten namens Gleboff gebe. Die russische Handelsvertretung erklärte, daß dieser Gleboff staatenlos sei und mit ihr nichts zu tun habe (?). Die russische Handelsvertretung bestritt überhaupt, mit Oberingenieur Lippner überhaupt einen Vertrag geschlossen zu haben, da die russische Handelsvertretung ja Verträge nur mit Herren tätigen könne, deren Namen im Reichsanzeiger veröffentlicht worden seien. Demgegenüber äußerte sich Oberingenieur Lippner dahin, daß die russische Handelsvertretung dann mit einem Strohmann gearbeitet haben müsse, dessen Namen sie absichtlich geheimhalte. In diesem Zusammenhang sei auch festzustellen, so führte der Kläger aus, daß

**ein Angestellter der russischen Handelsvertretung, der von den Abmachungen wisse, nachdem er die Zeugenladung erhalten habe, plötzlich ins Ausland verzogen sei.**

Der russischen Handelsvertretung wurde vom Arbeitsgericht aufgegeben, die Adresse des ins Ausland gereisten Angestellten zu ermitteln und dem Gericht mitzuteilen. Oberingenieur Lippner kündigte noch an, daß er gegebenenfalls die Angelegenheit noch der Staatsanwalt unterbreiten werde.

# Gebrüder Saß vor Gericht.

**Ein Jahr Gefängnis wegen versuchten Münzverbrechens.**

— Berlin, 9. Januar.

Die vielgenannten Brüder Erich und Franz Saß, die bekanntlich immer noch unter dem Verdacht stehen, den großangelegten Tresoreinbruch in der Filiale der Disconto-Gesellschaft am Wittenbergplatz verübt zu haben, hatten sich vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte wegen der Anklage des gemeinschaftlichen Münzverbrechens zu verantworten. Den Brüdern, die bereits im November verhaftet wurden, wird zur Last gelegt, Stempel, Platten und andere zur Anfertigung von Papiergeld dienliche Formen zum Zwecke eines Münzverbrechens angeschafft bzw. angefertigt zu haben.

In der Verhandlung bestritten die beiden Brüder auf das energischste, Falschgeld hergestellt oder die Absicht gehabt zu haben, solches herzustellen.

**Beide wollen lediglich „mit dem Gedanken gespielt" haben, Pässe herzustellen, da die Polizei ihnen ihre Pässe abgenommen hatte. Deshalb hätten sie „technische Vorstudien" unternommen.**

Mit Münzfälschungen hätten diese Spielereien nichts zu tun. Pässe hätten sie haben müssen, weil sie verschiedentlich Auslandsreisen unternommen hätten. Erich Saß will die Absicht gehabt haben, für immer nach dem Ausland zu gehen, wenn er einmal genügende Geldmittel hätte.

Nach Schluß der Beweisaufnahme, die wegen Gefährdung der Staatssicherheit zum Teil unter Ausschluß der Oeffentlichkeit stattfand, plädierte der Staatsanwalt, der gegen die beiden Brüder Franz und Erich Saß wegen versuchter Münzfälschung je ein Jahr sechs Monate Gefängnis beantragte. Der Staatsanwalt führte aus, daß die Angaben der Angeklagten, die sehr intelligente Menschen wären, völlig erlogen seien, da der Grund ihres Handelns nur Gewinnsucht sein könne, außerdem müsse ihre Handlungsweise verbrecherisch und gemeingefährlich genannt werden.

**Das Urteil lautete auf je ein Jahr Gefängnis wegen versuchten Münzverbrechens.**

## Acht Verletzte bei einem Autounglück.

Zwischen Odrau und Troppau stürzten zwei Kraftwagen die sechs Meter hohe Böschung hinunter. Die acht Insassen wurden unter den Wagentrümmern begraben. Die Odrauer Feuerwehr konnte die Verunglückten nach längeren Bemühungen unter Zuhilfenahme eines Kranes aus ihrer furchtbaren Lage befreien. Alle acht Personen trugen schwere Verletzungen davon.

# Verkehrsrückgang bei der Post.

**Die Einnahmen um etwa 150 Millionen Mark hinter den Voranschlägen zurückgeblieben.**

Die Deutsche Reichspost veröffentlicht einen vorläufigen Rückblick über den Postverkehr im Jahre 1931. Danach waren infolge der anhaltenden allgemeinen Wirtschaftsnot die Verkehrszahlen in allen Betriebszweigen rückläufig. Besonders stark betroffen waren u. a. der Telegrammverkehr mit 18,5 v. H., der Luftpostverkehr mit 17,4 v. H. und die Wertpakete mit 11,2 v. H. Auch die Zahl der Sprechstellen ist zurückgegangen.

Die Zahl der Postscheckkunden stieg 1931 um rund 22 000 auf 1 014 000. Trotz dieser Zunahme der Kundenzahl ergibt sich gegenüber dem Vorjahr im Umsatz ein Verkehrsrückgang von 23 Millionen Buchungen und 18 Milliarden Mark.

Da von dem im Herbst 1930 eingeleiteten zusätzlichen 200 Millionen Mark Arbeitsbeschaffungsprogramm noch erhebliche Mittel zur Verfügung standen, konnten bis Ende November 1931 in der allgemeinen Wirtschaft rund 26 300 Arbeitskräfte neu eingestellt und 52 000 weiter beschäftigt werden.

**Soweit sich bis jetzt übersehen läßt, wird der Rückgang gegen das Einnahmesoll des Voranschlags am Schluß des Rechnungsjahres (31. März 1932) etwa 150 Millionen Mark betragen.**

# Gemeindewahlen in Lippe.

**Die bürgerlichen Einheitslisten nahezu verschwunden.**

— Detmold, 9. Januar.

Am Sonntag finden in Lippe-Detmold Gemeindewahlen statt. Während für die Stadtverordneten- und Gemeindewahlen am 29. Januar 1928 fast ganz allgemein bürgerliche Einheitslisten aufgestellt worden waren, haben die Parteien, insbesondere die Deutschnationalen und Nationalsozialisten, für die bevorstehenden Wahlen eigene Listen herausgebracht. Bürgerliche Einheitslisten sind nur in einigen wenigen Orten aufgestellt. In der Landeshauptstadt Detmold erzielte bei den Wahlen vor vier Jahren die Deutsche Volkspartei mit 2750 Stimmen (8 Mandate) von 12 500 Wahlberechtigten die Mehrheit, während die SPD. mit 2034 Stimmen (6 Mandate) als zweitstärkste Partei in das Stadtparlament einzog. Die NSDAP. erhielt 3, die Aufwertungspartei und die Demokraten 2 Sitze, während Zentrum, Kommunisten und Kriegsbeschädigten-Partei je einen Sitz erhielten. Die NSDAP. blieb ohne Mandat. Die Reichstagswahlen am 14. September 1930 brachten eine beträchtliche Verschiebung des Wahlergebnisses in Lippe. Die NSDAP., die bei den Januar-Wahlen 1928 nur 252 Stimmen in Detmold erhielt, konnte bei den Reichstagswahlen 1930 bereits 2153 Wähler auf sich vereinigen. Die DVP. verlor dagegen die Hälfte ihrer Wähler, gegenüber der Kommunalwahl 1928 mit 2750 erhielt sie bei der Reichstagswahl 1930 nur 1280 Stimmen.

In Lippe-Detmold sind rund 110 000 Personen wahlberechtigt, und für jeden städtischen Abgeordneten sind etwa 300 bis 400 Stimmen erforderlich, während für einen Kreistagsabgeordneten 1200 bis 1500 Stimmen gebraucht werden.

# Vorstoß gegen Japan.

**Amerika verlangt Respektierung des Neun-Mächte-Vertrages und des Kellogg-Paktes.**

— Washington, 9. Januar.

**Entsprechend einer vorher gemachten Ankündigung hat die Regierung der Vereinigten Staaten in einer Note und Kanking übergebenen Erklärung zum Ausdruck gebracht, daß sie keinen Vertrag und kein Abkommen anerkennen wird, die gegen den Neun-Mächte-Vertrag von 1922 und den Kellogg-Pakt verstoßen.**

Die Note stellt fest, daß mit der Besetzung Mandschuriens durch die Japaner die einzige noch verbliebene vertragsrechtliche Autorität der chinesischen Republik in der Mandschurei vernichtet worden sei. Die amerikanische Regierung erklärt, sie müsse auf die folgenden Forderungen bestehen:

1. bei einer Lösung des mandschurischen Konfliktes die Souveränität und territoriale Unverletzlichkeit Chinas nicht angetastet werden; 2. die Politik der offenen Tür aufrechterhalten werden; 3. eine vertragliche Einigung zwischen Japan und China darf nur mit friedlichen Mitteln erwirkt werden.

Der Absendung der Note sind Besprechungen Stimsons mit den Botschaftern Englands und Frankreichs und Unterrichtung nahmen mit den übrigen Unterzeichnern des Neun-Mächte-Vertrages voraufgegangen. Auch der deutsche Botschafter Dr. von Prittwitz und Gaffron weilte im Staatssekretariat des Aeußeren.

Der Neun-Mächte-Vertrag von 1922 bestimmt, daß die Mächte zum Schaden einer anderen sich Vorrechte in der Mandschurei verschaffen darf.

# 500 Millionen Mark Fehlbetrag der Bahn

**Der Personalstand gegenüber der Höchstziffer von 1919 um 42 v. H. vermindert.**

— Berlin, 9. Januar.

Mit gewohnter Pünktlichkeit legt die Reichsbahngesellschaft ihren Jahres-Vorbericht, der in großen Zügen die finanzielle Ergebnis von 1931 enthält, vor. Unter dem Druck der ständig weiter absinkenden Einnahmen war die Reichsbahn erneut zu einer starken Drosselung ihrer Ausgaben gezwungen, ohne daß es ihr jedoch möglich war, die durch immer weitere Verschärfung der Krise ständig wachsende Differenz auszugleichen.

**Den Einnahmen, die gegenüber dem Vorjahr um 8 Prozent und gegenüber dem Höchststand des Jahres 1929 um 28 Prozent zurückgingen, steht eine Ausgabenminderung gegen 1929 um nur 18,1 Prozent gegenüber. Die Ausgaben werden die Einnahmen für das Berichtsjahr um etwa 500 Millionen Mark überschreiten.**

Zur Deckung des Fehlbetrages werden die verbleibenden Rücklagen der Deutschen Reichsbahn aufgelöst. Es scheint sogar fraglich, ob sie zum Ausgleich des Fehlbetrages ausreichen werden.

Der Personalbestand wurde gegenüber der Höchstziffer von 1919 um 42 v. H. vermindert. Die Gehälter blieben um 363 Millionen, die Löhne um 313 Millionen unter ihrem Höchststand von 1928 bzw. 1929. Das Arbeits- und Beschaffungsprogramm wurde gegen das Vorjahr um 27 v. H. und gegen 1929 um 31 v. H. eingeschränkt.

## Selbstmord eines Reichsbankdirektors.

— Duisburg, 9. Januar.

**Der Leiter der Reichsbank-Nebenstelle Duisburg-Ruhrort, Direktor Ernst Decker, wurde erschossen in seiner Wohnung aufgefunden. Die Mordkommission stellte einwandfrei Selbstmord fest. Die Ursache ist noch unbekannt. Jedenfalls hat sie mit den Geschäften der Reichsbank nichts zu tun. Wie eine sofortige Prüfung ergab, ist bei der Reichsbankstelle alles in bester Ordnung. Decker, ein Junggeselle von 48 Jahren, lebte in geordneten Verhältnissen und war allgemein beliebt. Man steht bei dem Todesfall vor einem Rätsel.**

# Karl der Große

ROMAN VON WOLFGANG MARKEN

URHEBER-RECHTSCHUTZ DURCH VERLAG OSKAR MEISTER WERDAU SA.

(8. Fortsetzung.)

Steinicke starrte Karl an und entgegnete dann wütend: „Was fällt Ihnen ein? Ich koste wie ich will, verstehen Sie! Ich verbitte mir Ihre Vorschriften!"

Karl unterbrach sein Wurstgeschäft und trat zu dem Prokuristen.

„Ich habe für die Sauberkeit in diesem Betriebe gerade zu stehen, Herr Steinicke. Ich dulde es von keinem, und von Ihnen genau so wenig."

„Wer hat denn hier zu bestimmen? Ich bin der Prokurist der Firma."

„Ich bin der Fabrikationsleiter und keiner hat mir reinzureden. Sie haben hier nicht das geringste zu bestimmen, Herr Steinicke. Ich verbitte mir jede Einmischung in den Fabrikationsbetrieb, von dem Sie ja doch nichts verstehen. Sie haben oben Ihre Arbeit, um die ich mich nicht kümmere, ich habe meine Arbeit hier unten."

„Sie sind mir unterstellt!" schrie Steinicke wütend.

Karl lachte schallend auf und die Gesellen, von denen keiner Steinicke ausstehen konnte, lachten mit.

Steinicke kochte vor Wut und hielt es für das beste, sich mit den Worten: „Ich werde mich bei Herrn Bolle beschweren über Ihre Unverschämtheit!" zu verabschieden.

„Ganz nach Belieben!" rief ihm Karl nach. „Aber in den Wursttheig sollen Sie mir mit Ihren parfümierten Pfoten nicht fassen."

Die Gesellen lachten, daß es Steinicke noch lange in den Ohren klang.

* * *

Es waren wenige Minuten vergangen, als Margherita in den Saal trat. Karl war noch mit aller Gründlichkeit beim Abschmecken und Würzen.

Sie war extravagant nach der neuesten Mode gekleidet. Das Röckchen war so kurz, daß man nicht nur das volle Knie, sondern sogar die brillantenbesetzten Strumpfbänder beim Gehen sah. Die Bluse war tief ausgeschnitten und im übrigen ärmellos. Wenn sie nur einen Badeanzug angehabt hätte, wahrlich, es hätte nicht viel anders gewirkt.

Sie schritt auf den hohen Stöckelschuhen durch den Saal.

Karl sah sich um und erblickte sie. Ein spöttisches Lächeln ging über seine Züge, dann sagte er: „Was suchen Sie hier? Draußen steht, daß der Zutritt verboten ist."

Streckeband und die Gesellen hielten bei Karls Worten den Atem an. Kannte denn der Betriebsleiter Bolles Liebling nicht?

Stolz schob sich das Mädchen an ihn heran und musterte ihn von oben herab.

„Sie kennen mich wohl nicht?" sagte sie spitz.

Karl grinste und schüttelte den Kopf. „Nee, habe noch nicht die Ehre gehabt. Aber nach Ihrer Kleidung und Ihrem Auftreten zu urteilen, müssen Sie zu den Tillergirls gehören. Stimmt's?"

Die Gesellen standen mit todernsten Gesichtern und mußten sich krampfhaft Mühe geben, nicht zu lachen.

Margherita hatte für einen Augenblick die Fassung verloren, dann rief sie wütend: „Sie sind ein Flegel! Ich werde mich bei meinem Vater beschweren!"

Rasch wandte sie sich ab und verließ fluchtartig den Saal.

„Das war Bolles jüngste Tochter!" sagte Streckeband zu Karl. „Donnerwetter, die haben Sie gekränkt. Die ist nun schon die zweite. Bin gespannt, wer nun dran kommt."

Karl lachte herzhaft.

„Bolles Jüngste! Hab mir's beinahe gedacht."

Die Gesellen sahen ihn an, als könnten sie ihn nicht verstehen.

„Det haben Sie sich gedacht, Herr Große und . . . trotzdem?"

„Eben trotzdem! So 'n hübsches Ding, das Mädel, und zieht sich an, daß es ein Skandal ist. Mir tut der alte Bolle leid. Streckeband, sehen Sie mich nicht so entsetzt an. Ein kräftiges Wort tut manchmal Wunder."

Und weiter ging die Arbeit, als sei nichts geschehen.

Aber bereits nach fünf Minuten trat wieder eine Störung ein.

Manfred, ganz im Vollgefühl seiner Würde als Juniorchef, trat ein und schritt auf Karl Große zu.

„Guten Morgen!" grüßte er kurz.

„Guten Morgen!" sagte Karl kühl und sah Manfred offen an.

Sein Blick schien den jungen Chef zu verwirren.

„Herr Steinicke hat sich bei mir beschwert!"

„So!"

Die Ruhe Karls brachte Manfred immer mehr in Wolle. Er begann mit den Armen zu fuchteln, als er weiterfuhr: „Es geht nicht, daß Sie Herrn Steinicke, unseren Prokuristen, in so unverschämter Weise behandeln . . .!"

Er sprach nicht weiter, denn Karls Augen begannen plötzlich zu funkeln, und er trat dicht auf Manfred zu, daß dieser unwillkürlich einen Schritt zurückwich.

„Herr Bolle junior," sagte Karl energisch, „hier bin ich der verantwortliche Herr. Hier lasse ich mir nicht reinreden und reinmantschen. Ich will für die Firma was Ordentliches leisten. Wenn Sie noch einmal ein Wort wie Unverschämtheit in den Mund nehmen, dann setze ich Sie an die frische Luft. Haben Sie verstanden?"

Manfred zitterte vor Wut.

„Sie sind entlassen!" schrie er laut. „Holen Sie sich im Kontor Ihr Geld."

Damit verließ er erhobenen Hauptes den Saal.

Karl beugte sich wieder über seine Arbeit. „Weitermachen!" sagte er so ruhig, als sei nichts geschehen.

* * *

Steinicke stand vor August Bolle.

Er beschwerte sich in kräftiger Weise über den Betriebsleiter.

Bolle hörte ihn ruhig an, ohne ihn zu unterbrechen, dann nickte er und meinte ruhig: „Also rausgeschmissen hat er Ihnen . . . so quasi?"

„Jawohl, und das lasse ich mir nicht bieten. Ich denke, daß ich hier in jeder Weise meine Arbeitskraft für die Firma einsetze, und daß ich deshalb Ihren Schutz verlangen kann."

Bolle nickte wieder.

„Hm! Rabiat braucht der Große nicht zu werden. Was das soll er nicht. Ich werd' mit ihm reden. Herr Steinicke."

In diesem Augenblick ging die Tür auf und Margherita stürzte mit vor Erregung roten Wangen herein.

„Papa, das laß ich mir nicht bieten!" schluchzte sie erregt auf.

Bestürzt erhob sich Bolle von seinem Sessel. „Aber was hast denn Grete? Beruhige dir man doch!"

„Dein . . Betriebsleiter . . " stieß sie unter Schluchzen hervor. „Der unverschämte Mensch der. Du mußt ihn entlassen. Nein, was er mir gesagt hat. Huhhuhuhu!"

Steinicke schmunzelte. „Das paßte ihm gar nicht."

„Der Große! Der ist aber doch sonst so 'n höflicher Mensch!"

„Ein Ungeheuer ist er. Ich . . . ich habe dich im Betrieb gesucht. Und da . . da hat er mich unverschämt angefahren, was ich hier zu suchen hätte; und dann . . . dann hat er gesagt, ich sähe aus — wie — wie ein Tillergirl. Jawohl, das hat der freche Mensch gesagt!"

„Sieht dem Burschen ähnlich!" warf Steinicke hämisch dazwischen.

Fortsetzung 1. Seite Beilage

# Aus der Heimat

Spangenberg, den 9. Januar 1932

## Die wahre Frömmigkeit.

„So sich jemand unter euch läßt dünken, er diene Gott, und hält seine Zunge nicht im Zaume, sondern täuscht sein Herz, des Gottesdienst ist eitel.“ Unser ganzes Leben soll ein Gottdienen sein. Es hat wenig zu sagen, daß wir Gott in hundert Punkten nachgeben, wenn wir in einem einzigen Punkte ihm widerstreben. Eine einzige absichtliche oder wissentliche Tat des Ungehorsams löscht alle sonstigen Taten des Gehorsams aus. So könnte man unser Bibelwort dahin deuten, daß sich unser Gottesdienst bis auf die Zunge, bis auf die Worte erstrecken muß. Ein ungemein wichtiger Gedanke! Denn wieviel wird mit der Zunge gesündigt: im Mißbrauch des göttlichen Namens, im Verleumden und im Schmeicheln, im Lästern und im Verschwören! Wer kann alle Zungensünden aufzählen? Aber so wichtig und wertvoll dieser Gedanke für jeden von uns ist, eine andere Auslegung des Jakobuswortes ist nach dem Zusammenhang, in dem es steht, noch mehr am Platze.

Der Apostel hat vorher betont: Unser Gottesdienst muß ein Tun sein, also nicht nur ein Hören. Täter des Wortes sollen wir werden und nicht Hörer allein. — aber auch nicht Schwätzer! Fromm sein heißt nicht fromm reden, sondern fromm handeln. Der Grad und die Tiefe der Frömmigkeit bemißt sich nicht nach der Fülle der gottseligen Worte und frommen Redensarten. Wer Gott dient, muß ihm auch mit der Zunge dienen, und zwar dadurch, daß er sie in Zucht hält. Gewiß können wir Gott loben mit Reden, aber viel öfter noch mit Schweigen. Der Apostel, der Mann des christlichen Lebens, verlangt nicht leeres Reden, sondern kraftvolles Tun des Wortes Gottes. Das hat er von seinem Meister gelernt. Der Jakobusbrief enthält eine Fülle von Anklängen an die Bergpredigt. Unwillkürlich kommt die Erinnerung an des Herrn Wort: Es werden nicht alle, die zu mir Herr, Herr, sagen, in das Himmelreich kommen, sondern die den Willen tun, meines Vaters im Himmel. Es sind keine Großtaten und keine Heldentaten, die er damit von uns fordert, sondern das schlichte Tun des uns im Gewissen aufgegangenen Gotteswillens.

---

△ **Ernennung** Laut Verfügungs de Herrn Reichspräsidenten sind die hiesigen Postbeamtinnen Gussi Keil u. Käthe Stadock zu Postassistentinnen ernannt worden. Wir reichen hierdurch die Hand zur Gratulation.

♃ **80. Geburtstag.** Am heutigen Tage feiert Frau Katharine Horn hierselbst in aller Frische und Gesundheit ihren 80. Geburtstag, wozu wir hierdurch herzlich gratulieren.

× **75. Geburtstag.** Herr Fabrikant R. Spangenthal feierte am 6. Januar in aller Stille seinen 75. Geburtstag. Wir gratulieren noch nachträglich und wünschen dem Jubilar, der körperlich und geistig noch sehr auf der Höhe ist, an der Seite seiner Gattin einen gesegneten Lebensabend.

— **Oeffentliche Stadtverordnetenversammlung.** Am Donnerstag, den 7. ds. Mts. fand nach längerer Zeit wieder eine öffentliche Stadtverordnetenversammlung statt. Sämtliche Stadtverordneten waren hierzu erschienen. Der Stadtverordneten-Vorsteher führte bei Eröffnung der Sitzung aus, daß sich die Zeitverhältnisse seit der letzten Sitzung ganz gewaltig geändert hätten, die Befugnisse der Stadtverordneten seien beschränkt und die Angelegenheiten längst nicht mehr so wichtig als vordem. Trotzdem müßten die Stadtverordneten zusammenkommen, um die heutige Tagesordnung zu erledigen. Der erste Punkt der Tagesordnung, Antrag auf Neuwahl von Mitgliedern der nach § 40 der Städteordnung gebildeten Kommission, führte zu Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Stadtverordnetenversammlung. Stadtverordneter Mehlhorn glaubte, daß die Kommission überhaupt überflüssig sei. Stadtv. Appell wollte die Kommission wie seither auf 4 Mitglieder bestehen lassen. Der Stadtverordnetenvorsteher wies nochmals auf das Zustandekommen der Kommission hin, die doch von links beantragt worden sei. Er war entschieden dagegen, die Anzahl der Kommissionsmitglieder zu verkürzen. Trotzdem fand der Antrag Mehlhorn, daß die Kommission nur aus 3 Mitgliedern bestehen soll, mit 7 gegen 6 Stimmen Annahme. Es wurde sodann zur Verhältniswahl geschritten, aus der die Stadtv. Appell, Spangenthal und Wiegand hervorgingen. Der Zusatzantrag von Stadtv. Appell, daß der jeweilige Stadtv.-Vorst. Sitz und Stimme in allen Kommissionen erhalten soll, wurde mit 8 gegen 4 Stimmen bei eine Stimmenenthaltung angenommen. Punkt 2: Neuwahl von 2 Mitgliedern in den Vorstand des Privatschulvereins: Die Stadtverordneten Spangenthal und Fenner wurden einstimmig in den erweiterten Vorstand des Privatschulvereins gewählt. Punkt 3: Antrag des Pächters der Sandgrube auf Pachtermäßigung: Ein Magistratsbeschluß sieht eine Ermäßigung auf Mk. 400.— vor. Bisher hat der Pächter der Sandgrube Mk. 560.— bezahlt. Die Stadtv.-Versammlung beschloß einstimmig auf Antrag Fenner und Schäfer, den Pachtbetrag auf Mk. 300.— zu ermäßigen. Punkt 4: Rechnungslegung der Stadtsparkasse: Die Rechnung ist geprüft vom Kreissparkassendirektor Saul-Eschwege. Beanstandungen haben sich außer einigen kleinen Prüfungsbemerken nicht ergeben. Die Rechnung wurde festgestellt und dem Rendanten Paulus einstimmig Entlastung erteilt. Erfreulich ist die Höhe des Reingewinns, die sich auf 21913,53 beläuft. Punkt 5: Antrag auf Haftbarmachung des Sparkassenvorstandes: Dieser Punkt wurde an den Schluß der Tagesordnung gestellt, da Antrag auf Behandlung in geheimer Sitzung vorlag. Punkt 6: Antrag betr. anderweitige Regelung amtlicher Bekanntmachungen: Auf Antrag der Stadtv. Mehlhorn, Schäfer, Frank und Wiegand sollten die amtlichen Bekanntmachungen nicht mehr in der Spangenberger Zeitung erscheinen, sondern durch die Schelle bekanntgegeben oder an Litfaßsäulen veröffentlicht werden. Da sich die anderen Stadtv. mit diesem Antrag nicht einverstanden erklärten, wurde der Antrag zurückgezogen. Die Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen finden also nach wie vor in der Spangenberger Zeitung statt. Gleichfalls werden dieselben auch in den 3 Anschlagkästen zum Aushang gebracht. Punkt 7: Antrag auf Abgabe von unentgeltlichen Brennholz aus dem Stadtwald an Erwerbslose und Gewährung einer Weihnachtsbeihilfe an dieselben: Dieser Antrag wurde in 2 Teilen behandelt und zwar 1. Brennholz und 2. Weihnachtsbeihilfe. Laut Beschluß mit 9 gegen 4 Stimmen werden den Erwerbslosen 2 rm. Brennholz gegen Zahlung von je 1 RM. zur Verfügung gestellt. Die Erwerbslosen müssen allerdings das Holz selbst fällen. Ueber die Gewährung einer Weihnachtsbeihilfe lagen 2 Anträge vor. Zu diesem Punkt sprach Bürgermeister Stein und legte ausführlich die städtischen Verhältnisse dar. Er hob hervor, daß die verbilligte Holzabgabe an die Erwerbslosen schon ein harter Verlust für die Stadt darstelle. Die Stadtverwaltung erkenne die große Not, in der sich die Bürger, vor allem aber die Unterstützungsberechtigten befinden an, die städtischen Verhältnisse gestatteten aber keinesfalls, aus der Stadtkasse eine Weihnachtsbeihilfe zu gewähren. Er wies hierbei darauf hin, daß die Stadt aus dem Stadtwald eine Mindereinnahme von mindestens 7000 Mark zu verzeichnen habe, auf der anderen Seite aber seien die Wohlfahrtsunterstützungsgelder auf monatlich 1100 Mark gestiegen. Es gäbe nur eine Möglichkeit, eine Unterstützung aus den Barmitteln der Winterhilfe zu geben. Die Stadtv. könnten wohl einen Beschluß der Unterstützung herbeiführen, die Ausführung dieses Beschlusses aber wäre vollkommen unmöglich. Deshalb fand auch der Antrag der Erwerbslosen keine Mehrheit. Er wurde mit 9 Stimmen abgelehnt. Auch der Antrag des Stadtverordneten Fenner, eine Weihnachtshilfe von 10 Mk. zu gewähren gegen Leistung von je einem Tag Arbeit für 5 Mark wurde mit 10 Stimmen abgelehnt. Punkt 8: Ersatzwahl zum Sparkassenvorstand: Dieser Punkt wurde von der Tagesordnung abgesetzt, da regierungsseitige Anweisungen vorliegen, wonach in aller Kürze der gesamte Sparkassenvorstand neu zusammengesetzt und gewählt werden muß. Punkt 9: Anfragen und Mitteilungen: Brgmstr. Stein teilte mit, daß die Forstverwaltung die anteiligen 1500 Mk. für den Malsbergweg nunmehr bewilligt hat. — Der Holzeinschlag im Stadtwalde würde nur zu 1/4 des vorgesehenen Quantums vorgenommen, da keine Absatzmöglichkeit bestehe. — Im Standesamtregister Spangenberg wurden im vorigen Jahre insgesamt 43 Geburten, 17 Eheschließungen, 26 Sterbefälle eingetragen, davon entfallen auf Spangenberg 27 Geburten, 12 Eheschließungen, 15 Sterbefälle, auf Elbersdorf 15 Geburten, 3 Eheschließungen, 6 Sterbefälle, auf Schnellrode 1 Geburt, 2 Eheschließungen und 5 Sterbefälle. — Nach diesem Bericht wurde in die nichtöffentliche Sitzung eingetreten, die Oeffentlichkeit aber kurze Zeit darauf wieder hergestellt. Der Stadtv.-Vorst. gab bekannt, daß der Antrag auf Haftbarmachung des Sparkassenvorstandes von den Antragstellern zurückgezogen worden sei. Ferner gab er von einem Dankschreiben des langjährigen früheren Stadtverordnetenvorstehers Konr. Siebert-Lotz Kenntnis, in dem er für das Geschenk, das ihm anläßlich seines 70. Geburtstages von der Stadt überreicht wurde, dankt. In gleichen Sinne dankte auch der Ehrenbürger Georg Sigmann für die ihm seitens der Stadt zu seinem 70. Geburtstage erwiesene Aufmerksamkeit. — Nach weiteren kleinen Anfragen, die der Stadtverwaltung zur Erledigung überwiesen wurde, wurde die Sitzung geschlossen.

× **Einreichung der Lohnsteuerbelege**

1.) Bei Abführung der Lohnsteuer in bar oder Ueberweisung. a) Arbeitgeber, die im Kalenderjahr 1931 die Lohnsteuer ihrer Arbeitnehmer in bar oder durch Ueberweisung abgeführt haben, müssen für jeden am 31. Dezember 1931 bei ihnen beschäftigten Arbeitnehmer die auf der zweiten Seite der Steuerkarte 1931 (unten) vorgedruckte Lohnsteuer-Bescheinigung ausfüllen und die Steuerkarte spätestens bis zum 15. 2. 1932 dem Finanzamt einsenden, in dessen Bezirk der Arbeitnehmer am 10. Oktober 1931 seinen Wohnsitz gehabt hat. b) Für die übrigen im Jahre 1931 beschäftigt gewesenen Arbeitnehmer, die aber vor dem 31. Dezember 1931 bezw. im Laufe des Jahres aus dem Arbeitsverhältnis ausgeschieden sind, haben die Arbeitgeber Lohnsteuer-Ueberweisungsblätter auszuschreiben. Die Ausschreibung eines solchen Ueberweisungsblattes ist jedoch nicht erforderlich, wenn beim Weggang des Arbeitnehmers der Arbeitgeber die auf der zweiten Seite der Steuerkarte 1931 befindliche Lohnsteuer-Bescheinigung für die Dauer der Beschäftigung bereits ausgeschrieben hat. Die Lohnsteuerüberweisungsblätter werden von dem Finanzamt unentgeltlich geliefert. Sie sind ebenfalls bis 15. 2. 1932 dem Finanzamt einzusenden, in dessen Bezirk die Steuenkarte 1931 ausgestellt worden ist. 2.) Bei Verwendung von Steuermarken. Soweit die einbehaltene Lohnsteuer im Jahre 1931 durch Kleben von Steuermarken entrichtet worden ist, sind sämtliche Markenblätter und Steuerkarten bis zum 15. 2. 1932 dem Finanzamt abzuliefern, in dessen Bezirk der Arbeitnehmer am 10. Oktober 1931 seinen Wohnsitz gehabt hat. Nähere Auskunft erteilen die Finanzämter.

× **Wetterlage.** Immer wieder sich ausbildende Randstörungen erhalten noch den unbeständigen Witterungscharakter und verhindern vorläufig stärkere Temperaturabnahme.

**Eisenach.** Eine Windhose wehte heute morgen in Wenigenlupnitz bei Eisenach eine große Scheune um. Auch in Eisenach war der organartige Sturm die unmittelbare Ursache eines schrecklichen Unglücksfalles. Drei in der Frühe des Morgens vom Bahnhof kommende Berufsschülerinnen suchten in der Bahnhofstraße Schutz vor dem Unwetter. Als gegen ½8 Uhr der Sturm nachzulassen schien, überquerte die 20jährige Gerda Klinger aus Gotha beim Nikoleitor die Straße und wurde, da sie infolge des Unwetters die Signalzeichen eines großen Reichspostautos überhörte, von diesem erfaßt und tötlich überfahren.

## Keine Provinz „Nordmark“.

— Berlin, 9. Januar.

In Beantwortung einer Landtagsanfrage erwiderte der preußische Innenminister:

**Das Staatsministerium hat bisher keinen Anlaß gehabt, zu irgendwelchen Plänen, die die Schaffung einer preußischen Provinz „Nordmark“ betreffen, Stellung zu nehmen. Eine Abtrennung von Teilen der gegenwärtigen Provinz Schleswig-Holstein vom Kommunalverband kann auch dann nicht in Frage kommen, wenn sich etwa Länder in der Nachbarschaft der Provinz an Preußen anschließen sollten. Das preußische Staatsministerium wird eine Gebietsänderung des Bestandes der Provinz Schleswig-Holstein durch Notverordnung nicht vornehmen.**

---


**Vorzilla-Bonbons heilen Husten**

Heiserkeit, Verschleimung, Bronchialkatarrh · In allen Apotheken

Stets vorrätig: Apotheke M. Woelm Spangenberg



# Neue
# Ladenverkaufspreise für Henkel-Erzeugnisse

| | | |
|---|---|---|
| Persil | das selbsttätige Waschmittel | 68 Pfennig das Doppelpaket |
| Persil | das selbsttätige Waschmittel | 36 Pfennig das Normalpaket |
| Henko | Henkel's Wasch- und Bleich-Soda | 13 Pfennig das Paket |
| IMI | Henkel's Aufwasch-, Spül- und Reinigungsmittel | 20 Pfennig das Paket |
| Sil | Henkel's Bleichmittel | 17 Pfennig das Paket |
| Ata | Henkel's Scheuerpulver (fein) | 18 Pfennig die Streuflasche |
| Ata | Henkel's Scheuerpulver (grob) | 13 Pfennig das Paket |
| Dixin | Henkel's Seifenpulver | 23 Pfennig das Paket |
| Gutso | Henkel's Schnitzelseifenpulver | 17 Pfennig das Paket |

**Die vorstehenden Preise gelten auch für Packungen, die noch mit dem früheren Preisaufdruck im Handel sind.**

**Sämtliche Henkel-Erzeugnisse nach wie vor in unveränderter Güte und Vollkommenheit!**

P 305

Henkel & Cie. A.-G., Düsseldorf

Eine **Sensation** bedeuten die **Preissenkungen** im

# Inventur-Ausverkauf

Hier einige Beispiele:

| | | | |
|---|---|---|---|
| Knaben-Sweater Wolle . . . von | 50 ₰ | Herren-Westen aus guten Trikotstoffen . | 2.75 |
| Blusenschoner reine Wolle, alle Farben | 1.95 | Herren-Socken Wolle, Macco, Kseide, von | 75 |
| Damen-Strümpfe Macco u. Waschseide von | 68 ₰ | Oberhemden weiß u. farb. Bembergseide u. Seidentrik. | 3.90 |
| Seiden-Schlupfhosen mit gar. echt aegypt. Macco | 1.25 | Wasch-Samt mod. Muster, haltb. Qual. | 1.25 |
| Taghemden für Damen m. Stickerei u. farb. Blenden | 95 ₰ | Handarbeiten aufgezeichnete Deckchen von | 18 |
| Nachthemden f. Damen Maccotuch, m. eleg. Stickerei | 2.75 | Damen-Mäntel reine Wolle . . . . von | 2.95 |
| Strumpfhaltergürtel mit 2 Paar Strumphaltern | 58 ₰ | Kinder-Mäntel alle Größen . . . . von | 2.95 |
| Kinder-Schlüpfer m. angerauhtem Futter von | 48 ₰ | Kleiderstoffe in Resten gute Qual. mod. Musterung | 50 |

Ein großer Posten **Fabrik-Reste** weiß Linon
gute feste Qualitäten
Kissenbreite **48** Pfg. Lakenbreite **95** Pfg.

**Nur ein Wort: Spottpreise**
im
Inventur - Ausverkauf
**von Montag, 11. Jan.**

im

# Modehaus Müller

Spangenberg Burgstraße

---

Mein **Inventur-Ausverkauf** beginnt
**Sonnabend, den 9. 1. 32.**

Ich nenne keine Preise!

**Meine konkurrenzlos billigen Preise sind noch weiter herabgesetzt.**

**Ueberzeugen Sie sich davon!**

Julius Spangenthal

Das Haus der guten Qualitäten und billigen Preise!

---

**Wer verkauft**
Wohn- oder Geschäftshaus, Villa, Landwirtschaft, Gasthof, Bauterrain. Sof. Angebote an
**P. Melle, Bremen,**
Gösselstr. 39

---

**Gesangverein**
„Liedertafel"

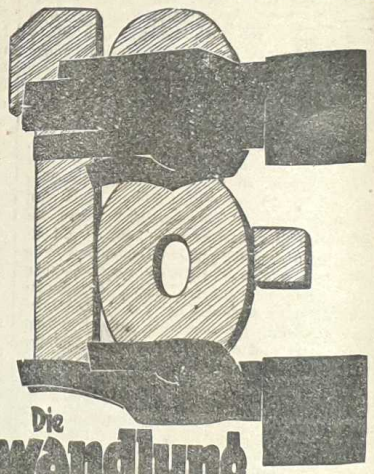
Montag Abend 1/2 9 Uhr
**Gesangstunde**
mit anschließender
**Monats-Versammlung**
im Ratskeller
Kassieren der Beiträge.
Der Vorstand.

---

---

**Bauschule Rastede** (Oldbg.)
von C. Rohde. Progr. frei. Polierkurse und Vorbereitung auf die Meisterprüfung.
1 bis 2 Sem. u. Eisenbetonkursus.

---



**Die Umwandlung der Preise** ist im diesjährigen **Inventur-Ausverkauf** besonders auffällig

**10% Rabatt** auf alle nicht zurückgesetzten Waren außer Markenartikel

Die Not der Zeit Rechnung tragend, haben wir die Preise so phantastisch billig gesetzt, daß jeder bei uns kaufen kann

FERD. **LÖSER** U. Co.
**KASSEL, Obere Königstraße 27**

---

## Freiwillige Feuerwehr

**Montag, den 11. 1. 32. nachmittags 4 Uhr findet eine**

**Uebung der Freiwilligen Feuerwehr**

**statt. Anschließend Versammlung.**

Tagesordnung:
1. Einkassieren der rückständigen Beträge.
2. Verschiedenes.

Sämtliche Ausrüstungsgegenstände sind mitzubringen. Ich erwarte pünktliches und vollzähliges Erscheinen.

Der Hauptmann.

---

**Das alte gute Rüboel**
frisch angekommen
**H. Mohr.**

---

**Lest Euer Heimatblatt!**

---

Billige
**Haushaltungsgegenstände**
**H. Mohr.**

---

Die Ausgabe der Fleischkarten für die Zeit vom Januar bis 6. Februar erfolgt Montag vormittag Uhr auf dem Rathause. (Zimmer Nr. 3.)

Spangenberg, den 9. 1. 1931.

Der Bürgermeister,
Stein.